

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hugo Brandt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses. Seite 1

Hans Krollmann MdL, hessischer Kultusminister, zur Lehrerarbeitslosigkeit: Umorientierung geisteswissenschaftlicher Hochschulausbildung ist notwendig. Seite 3

Dokumentation:

Der Brief des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Seite 5

37. Jahrgang / 153

16. August 1982

Mehr Öffentlichkeit

Der Vermittlungsausschuß darf nicht zum Sargnagel des Parlamentarismus werden

Von Hugo Brandt MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Rheinland-Pfalz

Der Vermittlungsausschuß entwickelt sich mehr und mehr zum Sargnagel für die parlamentarische Demokratie. Mit jeder unnötigen, überflüssigen und rechthaberischen Anrufung setzt's einen neuen Nagel. Irgendwann wird die Kiste zu sein - endgültig - und die Leute werden sich verwundert fragen, wie das alles gekommen ist.

Der Parlamentarismus präsentiert sich durch den Vermittlungsausschuß in seiner absurden Form. Während das parlamentarische System davon lebt, daß es der Öffentlichkeit zugänglich ist, lebt der Vermittlungsausschuß im düsteren Arkanum der Verschwiegenheit und ist allein schon deshalb allerlei Verdächtigungen ausgesetzt.

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg hat sich kürzlich in einem Brief darüber beschwert, daß aus dem Vermittlungsausschuß Einzelheiten bekannt geworden seien, und dadurch sei nun die Arbeit des Vermittlungsausschusses in Gefahr.

Dieser Brief ist mir unverständlich. Wenn dem Vermittlungsausschuß etwas gut täte, dann Öffentlichkeit, damit er herauskommt aus der Zone des Verdachts, nichts anderes zu sein als ein orientalischer Bazar, auf dem gute Gründe und feste Überzeugungen verhökert werden. Warum eigentlich läßt man es zu, daß wegen der Geheimniskrämerei die abenteuerlichsten Motive für Entscheidungen unterstellt werden dürfen?



Warum läßt man es zu, daß höchst öffentlich geführte Verhandlungen im Deutschen Bundestag und fast ebenso öffentlich geführte Verhandlungen im Bundesrat dann plötzlich im Tunnel der Geheimniskrämerei verschwinden? Sie kommen dann erst wieder ans Licht, wenn das Parlament nur noch ja oder nein dazu sagen kann.

Ende August wird sich der Vermittlungsausschuß wieder einmal mit Fragen befassen müssen, die dort nicht hingehören, weil sie das Gezerre nicht vertragen.

Zwei Beispiele:

Der Bundesrat meint, die Blindenhilfe müsse ganz auf das Pflegegeld angerechnet werden. Dabei wird überhaupt nicht berücksichtigt, daß der Zweck der beiden Leistungen nicht deckungsgleich ist und eine volle Anrechnung schon aus diesem Grund ungerecht wäre.

Die Blindenhilfe soll diejenigen Mehraufwendungen abdecken, die durch die Blindheit verursacht sind; das Pflegegeld bezieht sich ausschließlich auf die durch die Pflege des Blinden entstehenden Mehrkosten, Vorlesehilfen, stärkerer Einsatz von Tonträgern etwa, haben mit der Pflege nichts zu tun, wurden aber seither durch die Blindenhilfe abgedeckt.

Vertretbar erscheint als äußerstes Zugeständnis eine teilweise Anrechnung der Blindenhilfe auf das Pflegegeld. Man muß aber schon mit Blindheit geschlagen sein, wollte man dem Bundesrat folgen.

Die blindwütige Sparerei geht leider immer öfter zu Lasten der Gerechtigkeit.

Das gilt auch für die Absicht des Bundesrates, den Kostenansatz für den Lebensunterhalt bei der Heimunterbringung junger Behinderter zu verändern. Ein Großteil der betroffenen Familien hätte erhebliche Mehrbelastungen hinzunehmen. Solange man die Familien, wie ursprünglich vorgesehen, im Umfang der häuslichen Ersparnis zur Finanzierung mit heranzieht, ist kaum ein Gerechtigkeitsargument entgegenzuhalten.

Zwei hier nur knapp geschilderte Beispiele. Die verhängnisvolle Vermischung von "Handels"objekten im Vermittlungsausschuß ist der gerechten Entscheidung jedoch nicht förderlich. Am Ende steht wieder für das Parlament, zu einem ganzen Paket ja oder neinsagen zu müssen. Sind solche Koppelgeschäfte schon im normalen Geschäftsverkehr sittenwidrig, so sind sie im politischen Geschäft unerträglich.

Dem kann nur entgegengewirkt werden, wenn in Entscheidungsfragen die Problemstellung und die Antwort samt der schlüssigen Begründung offen dargelegt werden. Mit einem Wort: Soll der Vermittlungsausschuß nicht zum Sargnagel des Parlamentarismus werden, braucht er mehr Öffentlichkeit. (-/16.8.1982/bgy/va)

+ + +



Die Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt fordert Konsequenzen

Neuorientierung der Geistes- und Kulturwissenschaften notwendig

Von Hans Krollmann MdL
Hessischer Kultusminister

Das Problem ist seit Jahren bekannt: Immer weniger Lehramtsbewerbern kann eine Stelle im staatlichen Schuldienst angeboten werden. Rückläufige Schülerzahlen, ein niedriges Durchschnittsalter der Lehrerschaft und die angespannte Finanzlage der öffentlichen Kassen lassen in allen Bundesländern Neueinstellungen von Lehrern nur noch in geringem Maße zu.

Die Lage auf dem Lehrerarbeitsmarkt ist dramatisch. Angesichts dieser Entwicklung haben die Verantwortlichen in Politik und Arbeitsverwaltung immer wieder Studienanfänger auf das hohe Beschäftigungsrisiko hingewiesen, das mit einem Lehramtsstudium verbunden ist. Die Quote der Lehramtsstudienanfänger sank in den letzten Jahren von rund 40 Prozent aller Studienanfänger auf heute rund 20 Prozent; dennoch werden sich die Absolventen dieser Studiengänge beruflich umorientieren müssen.

In diesem Zusammenhang muß in den Kultus- und Wissenschaftsministerien ebenso wie an den Hochschulen darüber nachgedacht werden, wem damit gedient ist, wenn Umfang und inhaltliche Gestaltung der derzeitigen Lehrerausbildung unverändert beibehalten werden. Auf die strukturell bedingten Veränderungen im Lehrerbedarf kann eine Hochschulausbildung, die alternativlos ausschließlich auf den Lehrerberuf vorbereitet, nur ungenügend und langsam reagieren. Lehrkapazität und Studienplatzzahlen sind nur schwer veränderbare Größen.

Unso dringlicher erscheint es deshalb, das Studium so umzugestalten, daß die Ausbildung künftig keine Einbahnstraße in Richtung Schule mehr darstellt. Eine Akzentverlagerung in den Geisteswissenschaften und einer Öffnung der fast ausschließlich schulbezogenen Vermittlungswissenschaften Didaktik und Pädagogik muß zum Ziel haben, Be-



rufsfähigkeiten zu verstärken, die außerhalb der Schule anwendbar sind und gesucht werden. Es muß gelingen, in diesen Disziplinen deutlich zu machen, daß sie wichtige Schlüsselqualifikationen vermitteln, die für eine Reihe von beruflichen Funktionen taugen. Damit könnte auch der im internationalen Vergleich viel zu geringe Stellenwert der Geistes- und Kulturwissenschaften auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft gehoben werden. Anderenfalls kann es dazu kommen, daß die Krise der Lehrerbesehäftigung diese Wissenschaften in eine randständige Existenz drückt.

Auf der anderen Seite müssen sich Kulturpolitiker bei den Arbeitgebern in der Wirtschaft nachdrücklich dafür einsetzen, beschäftigungslosen Lehrern eine faire Einstellungschanee zu geben. Es ist eine Tatsache, daß hier hochqualifizierte junge Akademiker, deren Ausbildung den Steuerzahler eine Menge Geld gekostet hat, um Arbeit nachsuchen und daß sie in der Lage sind, bei entsprechender Einarbeitung auch in anderen Berufen ihren Mann zu stehen.

Diese Überzeugungsarbeit kann jedoch nur Erfolg haben, wenn sie von ernsthaften Reformbemühungen an den Hochschulen begleitet wird. Deshalb geht mein Appell in erster Linie an die Adresse der Hochschulen. Lehrerarbeitslosigkeit ist eine Form der Jugendarbeitslosigkeit. Es darf keine Zeit verloren werden bei dem Bemühen, über Reformen an den Hochschulen die verhängnisvolle Entwicklung zu bremsen.

(-/16.8.1982/vo-he/va)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Herbert Wehners Brief an Ernst Breit

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat am heutigen Montag an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit geschrieben und die Haltung der Sozialdemokraten im Bundestag gegenüber dem Bundeshaushalt '83 erläutert. Der SPD-Pressedienst veröffentlicht den Brief im Wortlaut:

"Lieber Kollege Breit!

Für Ihre Stellungnahme zum Haushalt 1983 danke ich Ihnen im Namen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Die gemeinsame Sorge von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten gilt heute der hohen Arbeitslosigkeit. Auf die Bewältigung dieses Problems werden wir trotz der gegebenen Schwierigkeiten und gegen manche Widerstände alle unsere Kräfte konzentrieren, und dazu muß auch der Bundeshaushalt 1983 seinen Beitrag leisten.

Der Bundeskanzler hat an Sie und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften einen Brief gerichtet, in dem er die haushaltspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung in ihren gesamtwirtschaftlichen - und damit auch beschäftigungspolitischen - Zusammenhängen erläutert. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion unterstützt den Bundeskanzler und die Bundesregierung. Wir brauchen eine klare Absage an neokonservative Wirtschafts-ideologen, die den Rückzug des Staates aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung fordern.

Wir dürfen aber auch keine übertriebenen Hoffnungen wecken über die Möglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der heutigen Situation, die durch weltweit geringes Wirtschaftswachstum, eine zunehmend gegen die internationale Arbeitsteilung gerichtete Politik in vielen Ländern und ein äußerst hohes Zinsniveau - insbesondere in den USA - gekennzeichnet hat. Bei einem Außenhandelsanteil von fast einem Drittel unseres Sozialprodukts sind die Rückwirkungen dieser weltweiten Schwierigkeiten für die Bundesrepublik besonders deutlich spürbar.

Diese internationalen Einflüsse engen auch den Spielraum der Finanzpolitik ein. Heute muß es darum gehen, den mittelfristigen Prozeß der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte behutsam fortzusetzen. Die Konsolidierungspolitik trägt zu einem niedrigeren Zinsniveau bei, stärkt das Vertrauen in die D-Mark und verbessert die Zukunftschancen der deutschen Volkswirtschaft. Eine schrittweise Zurückführung der Kreditaufnahme beschränkt die Zinsbelastung für die Haushalte der kommenden Jahre und wahrt somit Spielraum für künftige beschäftigungswirksame Maßnahmen. Mittelfristige Konsolidierungspolitik schließt allerdings nicht aus, daß Haushaltsbelastungen als Folge einer schlechteren Konjunkturentwicklung durch eine höhere Kreditaufnahme ausgeglichen werden.

Finanzpolitisch kommt es darauf an, Investitionen auch durch Umschichtung innerhalb der öffentlichen Haushalte zu Lasten des konsumtiven Bereichs zu fördern. Einige der hier zu ergriffenen Maßnahmen sind uns Sozialdemokraten alles andere als leicht gefallen. Es ist hart um dieses Ergebnis gerungen worden, und es konnte letztlich nur dadurch erreicht werden, daß der Bundeskanzler selbst den Kompromißvorschlag formuliert und zur Entscheidung gestellt hat. Insgesamt ist diese Entscheidung ein Kompromiß mit dem Koalitionspartner, der auch die Durchsetzbarkeit im unionsgeführten Bundesrat im Auge behalten mußte.



Eines ist festzuhalten: Die Stabilität der sozialen Sicherung hängt von der Leistungsfähigkeit und damit auch von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ab. Da der eingeschlagene Weg die Chancen für eine bessere gesamtwirtschaftliche Entwicklung eröffnet, ist er gleichzeitig auch ein wichtiger Schritt zur Erhaltung der sozialen Sicherheit.

In dem Gesamtpaket sind aber auch verschiedene Elemente enthalten, die auf eine gerechte Lastenverteilung hinwirken. Ich erinnere dazu an folgende Maßnahmen:

- Kürzung von Finanzhilfen und ähnlichen Ausgabensätzen um circa eine Milliarde DM;
- Kürzung von Steuervorteilen, die durch Verluste im Ausland entstehen;
- korrektere Besteuerung der Inlandsgewinne multinationaler Unternehmen;
- höherer Eigenanteil bei der Besteuerung von Privat genutzten Betriebs-Pkw's;
- Begrenzung der steuerlichen Berücksichtigungen von Vorsorgeaufwendungen für nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, insbesondere für Beamte;
- Begrenzung der steuerlichen Entlastungswirkung des Ehegattensplittings bei hohen Einkommen.

Ich will allerdings nicht verschweigen, daß ich große Sorgen habe, ob CDU und CSU dem Abbau von Steuervergünstigungen im Bundesrat zustimmen werden. Es zeichnet sich ab, daß die Union ausgerechnet die Maßnahmen zu Fall bringen will, die dazu dienen, die Entscheidungen verteilungsgerechter zu gestalten. Andererseits scheut sie sich nicht, scheinheilig die soziale Unausgewogenheit des Gesamtpakets zu beklagen. Wir Sozialdemokraten sehen das als durchsichtiges Doppelspiel; wir werden der Öffentlichkeit und den Arbeitnehmern immer wieder deutlich vor Augen führen, welche politischen Kräfte in der Bundesrepublik sozial gerechte Lösungen verhindern wollen.

Die SPD-Fraktion hätte es begrüßt, wenn im Haushalt 1983 kräftigere beschäftigungspolitische Elemente enthalten wären. Das wäre jedoch ohne weitere Einschnitte an anderer Stelle nicht finanzierbar gewesen. Die Sozialdemokraten haben sich engagiert



für eine Ergänzungsabgabe für die Bezieher höherer Einkommen zur Finanzierung beschäftigungspolitischer Impulse eingesetzt. Sie mußten aber zur Kenntnis nehmen, daß eine solche Maßnahme derzeit keine Mehrheit im Deutschen Bundestag finden würde. Dennoch müssen wir uns nicht Tatenlosigkeit vorwerfen lassen: Im Zusammenhang mit der Operation '82 und der Gemeinschaftsinitiative wurden beschäftigungspolitische Maßnahmen mit einem Gesamtumfang von rund 40 Milliarden DM für die Jahre 1982 bis 1985 beschlossen, deren Finanzierung auch im Zahlenwerk des jetzt vorgelegten Haushalts 1983 zum Ausdruck kommt. Zusätzlich zu den bisherigen Beschlüssen hat die Bundesregierung beschäftigungsfördernde Maßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden DM in diesem Haushalt vorgesehen.

In den Stellungnahmen des DGB und der Einzelgewerkschaften sehe ich manche Kritik, aber auch viele Übereinstimmungen, zum Beispiel in der Anerkennung eines mittelfristigen Konsolidierungsbedarfs. Vor allem aber sehe ich die Bereitschaft, einen eigenen Beitrag zu leisten und auch unangenehme Entscheidungen mitzutragen.

Das ist eine gute Voraussetzung für eine weitere solidarische Zusammenarbeit. Die bisherige Diskussion bestärkt mich in der Auffassung, daß es auch in schwierigen Zeiten keinem gelingen wird, einen Keil zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu treiben.

Ich freue mich, daß der DGB-Bundesvorstand unserer Einladung zu einem Gespräch gefolgt ist, und wir somit am 2. September Gelegenheit zu einem offenen, ausführlichen und alle interessierenden Themen umfassenden Gedankenaustausch haben werden.

Es grüßt herzlich
gez. Herbert Wehner"

+ + +

